

Die Förderung begabter Schüler.

Aus der Schöneberger Stadtverordnetenversammlung.

In der Berliner Stadtverordnetenversammlung wurde kürzlich der Erwartung Ausdruck gegeben, daß auch die Vororte sich der Förderung begabter Gemeindeschüler angelegen sein lassen und ebenfalls an den Abbau der Vorschulen gehen würden. In Schöneberg ist man bereit, Berlin auf dem eingeschlagenen Wege zu folgen.

Den dortigen Stadtverordneten lag gestern ein Antrag der Liberalen Fraktion vor, der sich auf den Uebergang von Mittelschülern in höhere Lehranstalten bezog und den Magistrat ersucht, in Erwägung zu ziehen, ob die von der Stadt Berlin beabsichtigte Förderung begabter Schüler der Volksschule nicht auch für Schöneberger Kinder im Verein mit Berlin oder anderen Nachbargemeinden durchführbar ist.

Stadtv. *Beste r* bedauerte, daß sich der Magistrat noch nicht mit dieser Angelegenheit befaßt hat, obwohl Anregungen aus der Mitte der Versammlung heraus bereits gegeben worden seien. Es sei ein Mißstand, wenn die Schüler der Mittel- und der Gemeindeschulen keine Möglichkeit haben, in höhere Schulen überzugehen. Die Art der Schulerneuerung, die Berlin durchführt, würde für Schöneberg zu teuer werden, weil die genügende Schülerzahl für eine selbständige besondere Uebergangsschule nicht vorhanden sei. Man sollte aber mit Berlin verhandeln, ob nicht Schöneberger Schüler die Berliner städtischen Einrichtungen mitbenutzen können.

Oberbürgermeister *Dominicus* wandte ein, daß die Annahme, der Magistrat habe in dieser Sache noch nichts getan, durchaus irrig sei. Die Vorarbeiten für einen neuen, weiteren Aufbau der Mittelschule seien bereits beendet und bezüglich der begabten Gemeindeschüler habe sich der Magistrat bereits mit Oberbürgermeister *Bermuth* ins Einvernehmen gesetzt und auch Entgegenkommen gefunden. Die gleichen Bestrebungen beider Gemeinden würden dadurch noch enger verknüpft werden. Die Versammlung stimmte nach einer kurzen Besprechung dem Antrage zu.

Lebhafte Verwunderung erregte eine Mitteilung des Stadtverordneten *Sicher* (Sog.), daß es den städtischen Angestellten, die ihr Frühstück in den Räumen der Volksküche im Rathaus einnehmen, verboten sei, sich dort zu setzen. Sie müßten an den Wänden stehen. Die Stadtverordneten gaben ihrem Erstaunen darüber Ausdruck, daß sich über diese Anordnung noch niemand beschwert habe, und beschlossen die Vertagung der Besprechung, weil der zuständige leitende Beamte in der gestrigen Versammlung fehlte.